

Susanne Heim

Widersprüchliche Loyalitäten

Die Reaktionen internationaler jüdischer Hilfsorganisationen auf die Situation der deutschen Juden

In allen Teilen Europas, die sie beherrschten, bedienten sich die Deutschen jüdischer Institutionen als Instrumente ihrer antijüdischen Politik. Entweder funktionierten sie die existierenden Organe der jüdischen Gemeinschaften zu Befehlsempfängern um, oder sie etablierten neue Zwangsinstitutionen, um Juden zur Mitwirkung an der eigenen Verfolgung zu nötigen. Die jüdischen Repräsentanten an der Spitze dieser Institutionen versuchten gleichwohl, die verbliebenen Handlungsspielräume zugunsten der Juden zu nutzen. Doch selbst wenn es ihnen hin und wieder gelang, bei dieser oder jener neu verfügbten Schikane einen kleinen Aufschub auszuhandeln oder eine Ausnahme für Härtefälle durchzusetzen, so hatten sie häufig keine andere Wahl, als Maßnahmen zu vollstrecken, die sie selbst für verheerend hielten.

In dieser Zwangslage setzten die Vertreter jüdischer Einrichtungen wie der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland oder der Israelitischen Kultusgemeinde in Wien ihre Hoffnungen zunehmend auf die internationalen jüdischen Organisationen wie das *American Jewish Joint Distribution Committee (Joint)* und den Jüdischen Weltkongress. Von ihnen erwarteten sie nicht nur materielle Unterstützung angesichts zunehmender Verarmung sowie Hilfe bei der Koordination der Auswanderung; häufig stellten die Kontakte zu den internationalen Organisationen auch die letzte Verbindung zur Welt außerhalb des deutschen Machtbereichs dar.

Die führenden Vertreter des *Joint* und des Jüdischen Weltkongresses sahen schon früh, dass die nationalsozialistische Herrschaft die europäischen Juden in ihrer Gesamtheit gefährdete. Entsprechend sammelten sie Informationen über antisemitische Gewalt und judefeindliche Gesetze in allen europäischen Staaten, die dem deutschen Beispiel nachgeeifert hatten oder von der Wehrmacht besetzt waren. Im Unterschied zu den Berichten jüdischer Institutionen im deutschen Machtbereich entstanden die Lageeinschätzungen des *Joint* und des Jüdischen Weltkongresses nicht unter Zensurbedingungen. Vor allem aber machten sie nicht an den jeweiligen Landesgrenzen halt, sondern spiegelten vielmehr den Versuch wider, der internationalen Verfolgung der Juden auch auf internationaler Ebene zu begegnen. Der *Joint* war in erster Linie eine Hilfsorganisation und als solche auch im Deutschen Reich tätig. Der Jüdische Weltkongress hingegen vertrat den Anspruch, nicht primär philanthropisch, sondern politisch auf die Bedrohung zu reagieren, der die Juden ausgesetzt waren, und lehnte jeden Kontakt mit deutschen Behörden ab. Er verstand sich als Interessenvertretung der Juden allgemein, unabhängig von ihrer Nationalität, ihrer politischen oder religiösen Orientierung.¹

Im Krieg liefen die internationalen Organisationen Gefahr, dass ihre Hilfe für die drohten Juden von deutscher Seite funktionalisiert und von Seiten der Alliierten als Ent-

¹ Perlzweig an Barou, 19. 5. 1941, American Jewish Archives (AJA), Cincinnati, WJC Collection, Series A, Subseries 2, Box A10, File 6, Bl. 125–128; Susanne Heim, Politik oder Philanthropie? Die internationalen Hilfsorganisationen und die Diskussion um die Auswanderung der Juden aus dem Deutschen Reich 1938–1941, in: Dies./Beate Meyer/Francis Nicosia (Hrsg.), „Wer bleibt, opfert seine Jahre, vielleicht sein Leben“, Göttingen 2010, S. 149–165.

lastung der deutschen Kriegswirtschaft und mithin als Feindbegünstigung angesehen würde. Die Befürworter eines antideutschen Boykotts kritisierten Geld- und Lebensmittelsendungen für die Juden in Deutschland und den besetzten Gebieten ebenso wie viele Zionisten, die alle politischen und finanziellen Anstrengungen auf den Aufbau Palästinas konzentrierten wollten.

Darüber hinaus widersprachen solche Unterstützungsleistungen auch der Außenpolitik der Regierungen in Washington und London. An deren Wohlwollen jedoch war den Vertretern der internationalen jüdischen Organisationen sehr gelegen. Denn durch die Unterstützung der alliierten Regierungen glaubten sie, sich ein Mitspracherecht in der Diskussion um die Nachkriegsordnung und damit die Chance auf einen jüdischen Staat zu sichern. Die Lobbyarbeit der internationalen Organisationen ähnelte in vielem den diplomatischen Bemühungen von Staaten, ihre Interessen auf internationalem Terrain durchzusetzen bzw. die eigenen Handlungsspielräume zu vergrößern. Eine derartige Diplomatie geriet jedoch zunehmend in Widerspruch zur Rettung der bedrohten Juden.

Der Zwiespalt, dem sich die Vertreter der internationalen Organisationen gegenüber sahen, zog sich wie ein Riss auch durch ihre eigenen Institutionen: Während die in den Vereinigten Staaten angesiedelten Zentralen sowohl des *Joint* als auch des Jüdischen Weltkongresses die Interessen der alliierten Regierungen im Blick hatten, die sie auf keinen Fall gegen sich aufbringen wollten, agierten die europäischen Repräsentanten beider Institutionen unter dem Eindruck der flehentlichen Appelle der Juden im deutschen Herrschaftsbereich.

Der Balanceakt der internationalen Organisationen zwischen Hilfe für die bedrohten europäischen Juden, Lobbyarbeit und diplomatischen Zugeständnissen an die Regierungen der Alliierten, und schließlich den selbst gesteckten Zielen sind Thema dieses Beitrags. Dabei werden drei Gruppen von jüdischen Repräsentanten unterschieden: die Vertreter der deutschen bzw. österreichischen Juden, die sich an die internationalen Organisationen mit der Bitte um Unterstützung wandten; die jüdischen Funktionäre in den europäischen Dependancen dieser Organisationen und schließlich die Führungsebene der internationalen Organisationen, die in den USA ansässig war.

In gewisser Weise spiegelte sich das Dilemma der nationalen jüdischen Repräsentanten auf internationaler Ebene wider: So wie die Vertreter der Reichsvereinigung oder der Israelitischen Kultusgemeinde sich auf den *Joint* und andere jüdische Organisationen im Ausland zu stützen versuchten, machten die internationalen jüdischen Organisationen Anleihen auf die noch fehlende Staats-Macht bei den alliierten Staaten, von denen sie sich eine Verteidigung der Juden gegen die deutsche Bedrohung erhofften. Besonders deutlich kristallisierten sich die widerstreitenden Loyalitäten, die im zweiten Teil des vorliegenden Beitrags thematisiert werden, im Verlauf des Jahres 1942 heraus, als bei den Vertretern der internationalen jüdischen Organisationen in der neutralen Schweiz und in London, wo sich die Exilregierungen der besetzten europäischen Staaten etabliert hatten, die Informationen über die systematische Vernichtung des europäischen Judentums zusammenliefen.

Verhandlungen und Verzweiflung

Im Januar 1941 reisten Paul Meyerheim von der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland und Josef Löwenherz, Amtsdirektor der Israelitischen Kultusgemeinde in Wien, mit

Genehmigung der Gestapo für eine Woche zu Verhandlungen mit dem *Joint* nach Lissabon, wo die europäische Zentrale der Organisation ihren Sitz hatte. In den Gesprächen mit den *Joint*-Vertretern Joseph Schwartz und Herbert Katzki warben Löwenherz und Meyerheim um Unterstützung bei der Emigration der Juden aus dem Reich. Löwenherz stand unter besonderem Druck: Aus Wien waren bereits unmittelbar nach Kriegsbeginn die ersten Juden deportiert worden, und Gerüchte über neue Deportationen kursierten gerade wieder verstärkt in der ehemaligen Hauptstadt Österreichs. Auf der Rückreise von Lissabon machte Löwenherz in Berlin Station und berichtete dem Stellvertreter Adolf Eichmanns, Rolf Günther, von seinen Verhandlungserfolgen in Portugal: Es sei in der nächsten Zeit eine gesteigerte Auswanderung in die USA zu erwarten.² Er habe im Einvernehmen mit Meyerheim den *Joint*-Repräsentanten ein „Maximalprogramm“ präsentiert, das die Auswanderung von monatlich 1 500 Personen aus dem Altreich, der „Ostmark“ und dem Protektorat vorsehe. Auch die Aussichten, genügend Devisen für sein Maximalprogramm zu beschaffen, schätzte Löwenherz optimistisch ein. Für vier bis sechs Wochen hatte die Kultusgemeinde noch Devisenreserven oder entsprechende Zusagen vom *Joint*, in der Zwischenzeit müssten weitere Gelder aufgetrieben werden. Löwenherz wollte gleich nach seiner Rückkehr nach Wien beim Konsulat der Vereinigten Staaten vorsprechen und alle notwendigen Schritte für die gesteigerte Auswanderung in die Wege leiten. Schließlich bat er Günther noch um Unterstützung bei der Beschaffung von Eisenbahnwaggons für den Transport der Auswanderer nach Lissabon.

Bis hierhin stimmen die Berichte von Löwenherz und Meyerheim über ihre Verhandlungen in Lissabon weitgehend überein: Auch Meyerheim ging davon aus, dass die US-Konsulate künftig deutlich mehr Visa als bisher ausstellen würden. Und er beriet mit den *Joint*-Vertretern darüber, wie die seit längerem im Reich auf ihre Ausreise in die Dominikanische Republik, auf die Philippinen, nach Shanghai oder anderswohin wartenden Gruppen von Juden bald möglichst an ihr Ziel zu bringen seien.³

Tatendrang und Optimismus, die insbesondere aus Löwenherz' Ausführungen sprechen, erscheinen allerdings in einem anderen Licht, wenn man die Fortsetzung seines Berichts liest: Unter Punkt 4 ging er auf die Gerüchte über eine unmittelbar bevorstehende Umsiedlung der Wiener Juden nach Polen ein. Löwenherz notierte: „Abgesehen davon, dass eine derartige Umsiedlungsaktion eine Katastrophe für die Juden bedeuten würde, verwies ich darauf, dass die Durchführung dieses Planes jede weitere Unterstützung des American *Joint* Distribution Committee nicht nur für die Ostmark sondern auch für das Altreich und das Protektorat unmöglich machen würde.“ Was genau Schwartz und Katzki ihm tatsächlich in Lissabon in Aussicht gestellt hatten, ist aus Löwenherz' Aufzeichnungen nicht zu entnehmen. Bezeichnend ist jedoch, dass er die Kontakte zum *Joint* glaubte nutzen zu können, um drohende neue Deportationen abzuwenden.

² Alle Löwenherz-Zitate aus: Aktenvermerk über eine Vorsprache des gefertigten Leiters der Israel-Kultusgemeinde Wien bei Herrn SS HASTUF Guenther im Reichssicherheitshauptamt Berlin, Kurfürstenstraße 116, am 23.1.1941, um 12 Uhr 15, Archiv der Israelitischen Kultusgemeinde (IKG) Wien, Bestand Wien, A/VIE/IKG II/AD/2/1.

³ Meyerheims Bericht, noch am 15.1.1941 in Lissabon, aber vermutlich für die Gestapo verfasst, findet sich in Joint Distribution Committee (JDC) New York, AR 1933/44, # 642. Die Akte enthält zudem ein anderes, vermutlich ebenfalls von Meyerheim in englischer Sprache verfasstes Schreiben, das außer über die im vorgenannten Bericht erwähnten Auswanderungsprojekte auch über die Situation der Juden in Deutschland informiert.

Eine solche Hoffnung war keineswegs so illusorisch, wie es auf den ersten Blick scheinen mag. Immerhin hatte Löwenherz bereits die Erfahrung gemacht, dass Eichmann aus dem gleichen Grund schon einmal die antijüdische Politik revidiert hatte: Er hatte im März 1939 veranlasst, dass der Israelitischen Kultusgemeinde Wien – im Unterschied zur Reichsvereinigung der Juden im Altreich – nicht der Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts entzogen wurde. Andernfalls hätten die ausländischen jüdischen Hilfsorganisationen ihre beträchtlichen Devisenzahlungen eingestellt, die zur Finanzierung der jüdischen Emigration dienten und deren Verwendung die von Eichmann geführte Zentralstelle für jüdische Auswanderung kontrollierte.⁴

Der *Joint* wickelte die Finanzierung der jüdischen Auswanderung über ein Clearingsystem ab, um zu verhindern, dass die für die Emigration erforderliche Fremdwährung für die deutsche Kriegswirtschaft vereinnahmt wurde. Die Angehörigen der Auswanderer zahlten das Geld für die Reisekosten ihres Verwandten beim *Joint* in New York ein. Dieser beglich daraufhin den in Devisen aufzubringenden Teil der Reisekosten: in der Regel das Schiffsticket und die Fahrkarte von der deutschen Grenze zum Abfahrtshafen.

Löwenherz argumentierte gegenüber Günther damit, dass der *Joint* nur eine geordnete Auswanderung, keine erzwungene Deportation unterstützen würde. Die Hilfestellung des *Joints* aber sei auch im Falle eines großen Umsiedlungsplans nach Kriegsende unverzichtbar, wenn die Juden das Reich verlassen und nach Übersee auswandern würden. Eine Umsiedlung der Juden innerhalb des deutschen Hoheitsgebiets hingegen, so fasste Löwenherz seine Argumente im Bericht zusammen, „würde nur die Auswanderung erschweren, wenn nicht unmöglich machen. Das Entjudungsproblem der Ostmark sei auf Grund der bisherigen Erfahrungen und erzielten Erfolge im Wege der legalen Auswanderung zu lösen, umso mehr als derzeit begründete Hoffnung besteht, die Auswanderung nach den Vereinigten Staaten von Amerika, San Domingo und anderen Überseeländern innerhalb des Jahres 1941 beträchtlich zu steigern.“ Günther beruhigte Löwenherz, dass die Gerüchte über bevorstehende Deportationen unbegründet seien; er versprach jedoch, sich bei Eichmann zu erkundigen und Löwenherz dann über die Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Wien zu benachrichtigen.⁵

Warum die jüdischen Repräsentanten glaubten, auf eine substanzIELLE Steigerung der Auswanderungszahlen hoffen zu können, ist nicht klar. Möglicherweise geht die Hoffnung auf die Tatsache zurück, dass dem *President's Advisory Committee for Political Refugees* (PACPR), das Präsident Roosevelt in allen Fragen der Flüchtlingspolitik beriet, Ende November 1940 zugesagt worden war, es könne Personen benennen, denen zusammen mit ihren Angehörigen Transitvisa zum vorübergehenden Aufenthalt in den USA ausgestellt werden sollten. Dabei war an Personen gedacht, deren Emigration zwar geplant war, die aber zum Beispiel noch auf der Warteliste für die Einwanderung in die USA standen. Sie sollten nun einreisen dürfen, sich aber zur Weiterreise in ein anderes Land verpflichten. Die Empfehlungen des PACPR waren jedoch für das US-Außenministerium und die Kon-

⁴ Schreiben der Zentralstelle für jüdische Auswanderung, i.V. Eichmann, Wien, an den Reichskommissar für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich, z.H. Reg.Rat Loos, vom 10.3.1939; abgedruckt in: Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945 (im Folgenden: VEJ), Band 2: Deutsches Reich 1938 – August 1939, bearbeitet von Susanne Heim, München 2009, Dok. 264.

⁵ Aktenvermerk über eine Vorsprache des fertigten Leiters der Israel. Kultusgemeinde Wien bei Herrn SS HASTUF Guenther im Reichssicherheitshauptamt Berlin, Kurfürstenstraße 116, am 23.1.1941, um 12 Uhr 15, Archiv der IKG Wien, Bestand Wien, A/VIE/IKG II/AD/2/1.

suln nicht bindend – und führten in der Praxis zu mehr Bürokratie, aber nicht zum Anstieg der Auswandererzahlen.⁶

Die Visapolitik der Vereinigten Staaten rechtfertigte den Optimismus der jüdischen Vertreter nicht – im Gegenteil. Mitte 1940 – die Wehrmacht hatte gerade die Nachbarstaaten im Westen des Reichs sowie Dänemark und Norwegen überrollt und dadurch die Zahl der Flüchtlinge enorm in die Höhe getrieben – erließ das *State Department* neue Richtlinien für die Visavergabe: Die Einwanderung aus Europa und insbesondere aus Deutschland sei drastisch zu reduzieren, um das Einschleusen von Spionen zu verhindern. Die Auslandsvertretungen erhielten die Weisung, Visaanträge besonders streng zu prüfen und nach Möglichkeit hinhaltend zu behandeln, ohne dass jedoch die neuen Bestimmungen öffentlich bekannt gemacht würden. Ein solches internes Reglement war weder für die Antragsteller noch für jüdische Repräsentanten wie Löwenherz und Meyerheim durchschaubar. Entsprechend setzten sie weiterhin ihre Hoffnungen auf die US-Botschaften, besorgten Bürgschaften, Bescheinigungen und Reisegelder, ohne zu ahnen, dass sie kaum Aussicht auf Erfolg hatten. In der Folge fiel zum Beispiel in Wien die Zahl der monatlich ausgestellten Visa zur Einreise in die Vereinigten Staaten von rund 100 auf etwa 15.⁷

Die jüdischen Repräsentanten im Reich nutzten jede sich bietende Gelegenheit, Juden außer Landes zu bringen. Im Unterschied zu den Vertretern der Reichsvereinigung war Löwenherz von der Israelitischen Kultusgemeinde in Wien dabei eher geneigt, auch illegale Wege zu beschreiten – und geriet deswegen bisweilen mit dem *Joint* in Konflikt. Desse New Yorker Zentrale vertrat zumindest 1941 noch einen legalistischen Kurs. Als die Gestapo Anfang 1941 Juden aus Österreich nach Jugoslawien abschob, die jüdischen Gemeinden dort jedoch protestierten, weil sie den Neuankömmlingen keine Unterbringungsmöglichkeiten bereitstellen konnten, beschuldigte der *Joint* Löwenherz, die Transporte organisiert zu haben. Dieser bestritt zwar die Verantwortung, doch ist seine Beteiligung angesichts des Drucks, den die Gestapo auf ihn ausübte, mehr als wahrscheinlich.⁸ Dem *Joint* blieb nichts anderes übrig, als trotz knapper Finanzen die Weiterreise der österreichischen Juden aus Jugoslawien zu finanzieren.

Auch in anderen Situationen verwahrten sich die New Yorker *Joint*-Vertreter dagegen, dass mit den Geldern ihrer Organisation die illegale Auswanderung finanziert und Passfalscher und Fluchthelfer bezahlt würden. Der Grund dafür mag nicht zuletzt in der Einbindung führender Vertreter des *Joint* in die Außen- und Migrationspolitik der Vereinigten Staaten gelegen haben. James Rosenberg, stellvertretender Vorsitzender des *Joint* und Präsident der Tochterorganisation *Dominican Republic Settlement Association*, die in der Karibik eine jüdische Flüchtlingskolonie aufbaute, hatte ohnehin die Devise ausgegeben: „Unsere Regel muss sein: Im Zweifel fragen wir das *State Department*.“⁹ Auch Paul Baerwald, Ehrenvorsitzender des *Joint* und Mitglied des PACPR, verwahrte sich im Frühjahr 1941 noch gegen die Beteiligung des *Joint* an illegaler Fluchthilfe. Die *Joint*-Repräsentanten in

⁶ Refugees and Rescue. The Diaries and Papers of James G. McDonald 1935–1945, hrsg. von Richard Breitman, Barbara McDonald Stewart und Severin Hochberg, Washington 2009, S. 231f.

⁷ Vgl. David S. Wyman, Paper Walls. America and the Refugee Crisis 1938–1941, Amherst 1968, S. 172–176.

⁸ Yehuda Bauer, American Jewry and the Holocaust. The American Jewish Joint Distribution Committee 1939–1945, Jerusalem 1982, S. 62.

⁹ Hans Ulrich Dillmann/Susanne Heim, Fluchtpunkt Karibik. Jüdische Emigranten in der Dominikanischen Republik, Berlin 2009, S. 72.

Lissabon hingegen, die die Lage in Europa besser überblickten, reagierten in dieser Frage weniger puristisch.¹⁰

Im Verlauf der Jahres 1941 spitzte sich die Situation zu. Am 24. 4. 1941 kündigte Portugal als Reaktion auf den neuerlichen deutschen Expansionsschritt in Richtung Südosteuropa an, es werde keine Transitvisa mehr ausstellen.¹¹ Damit war eine der wichtigsten Auswanderungsrouten Richtung Nord- und Südamerika in Frage gestellt.

Im Mai/Juni 1941 wurde bekannt, dass Personen mit nahen Verwandten in Deutschland keine US-Visa mehr bekommen sollten. Begründet wurde dies wiederum mit der Spionagegefahr. Emigranten, die Angehörige im Reich zurückließen, könnten zu Spitzeldiensten erpresst werden. Am 7. Juni 1941 regte Morris Troper, der Vorsitzende des *European Executive Council* des *Joint*, die Schließung des *Joint*-Büros in Berlin an. Seit Kriegsbeginn hatte der *Joint* den Schwerpunkt seiner Tätigkeit auf das deutsch besetzte Polen verlagert und schon in der ersten Jahreshälfte 1940 die monatlichen Zahlungen nach Deutschland stark einschränken müssen, von 75 000 Dollar im Januar auf 27 000 im Juli.¹² Nun erhielt die Reichsvereinigung in Berlin die Mitteilung, dass sie wegen Überschreitung des Budgets keine Gelder vom *Joint* mehr bekommen würde. Am 14. Juni traf beim *Joint* in New York ein Telegramm aus Berlin ein, in dem halb flehend, halb protestierend dargelegt wurde, dass die Defizitberechnung nicht stimmen könne. Die Berliner jüdischen Repräsentanten rechneten vor, dass noch mindestens ein Guthaben von 80 000 Dollar zugunsten der Reichsvereinigung vorhanden sein müsse aus den hinterlegten Geldern bereits ausgereister Juden. Wörtlich hieß es in dem Fernschreiben: „Wir rechnen damit, dass Ihr jetzt sofort unseren Anforderungen entsprechen werdet, da wir durch USA-Visen-Einschränkung erhebliche Schwierigkeiten haben und annehmen, dass Ihr diese nicht noch durch Nichtzahlung vergrößern werdet“.¹³

Wenige Tage später malte Cora Berliner, die beim Hilfsverein der Juden in Deutschland für den Kontakt mit dem US-Konsulat in Berlin zuständig war, noch die Folgen des Zahlungsstopps im Einzelnen aus. Am 11. Mai war ihr eröffnet worden, dass keine weiteren Visa für die USA ausgestellt würden. Zu diesem Zeitpunkt unterhielt der Hilfsverein zu etwa 3 600 Personen Kontakt, die sehr konkrete Aussichten auf Einreise in die Vereinigten Staaten hatten sowie zu 450 Personen mit einem Visum für einen anderen amerikanischen Staat. Hinzu kamen all diejenigen, die auch ohne Unterstützung des Hilfsvereins ihre Auswanderung bis zu diesem Punkt arrangiert hatten. Der *Joint*, so appellierte Cora Berliner, wisse um die endlose Arbeit und die Kosten, die bis dahin aufgewendet worden seien – und um die Hoffnungen, die nun zerstört würden, wenn diese Menschen ihre Visa nicht bekommen würden.¹⁴ Etlichen von ihnen hoffte der Hilfsverein noch die Ausreise zu ermöglichen. Doch wegen der ausbleibenden Zahlungen des *Joint* drohten nun die Schiffs- und Bahnfahrkarten, die steuerlichen Unbedenklichkeitsbescheinigungen und die Visa zu verfallen. Ob der Brief Cora Berliners die *Joint*-Vertreter in New York

¹⁰ Bauer, American Jewry, S. 62.

¹¹ Ebenda, S. 63.

¹² VEJ, Band 4: Polen. September 1939–Juli 1941, bearbeitet von Klaus-Peter Friedrich, Mitarbeit: Andrea Löw, München 2011, S. 43, 130, 164, 215, 279, 292 und 684–687; Bauer, American Jewry, S. 60.

¹³ Telegramm vom 14. 6. 1941 an Jointdisco New York, JDC, AR 1933/44, # 663.

¹⁴ Englische Zusammenfassung eines Briefs von Cora Berliner vom 16. 6. 1941, JDC, AR 1933/44, # 663.

umgestimmt hat, ist nicht bekannt. Doch nur wenige Tage später stand nicht nur die Auswanderung Richtung Westen in Frage, sondern auch diejenige Richtung Osten:

Am 22. Juni 1941 überfiel die deutsche Wehrmacht die Sowjetunion. Damit war sowohl der Fluchtweg über Land nach Shanghai abgeschnitten als auch die Möglichkeit, mit der Transsibirischen Eisenbahn in die Vereinigten Staaten zu entkommen.¹⁵ Im Juli wurden die US-Konsulate in Deutschland und den besetzten Gebieten geschlossen, so dass allenfalls noch Personen mit Visa für Lateinamerika ausreisen konnten.

Am 23. Oktober 1941 wurde die Auswanderung der Juden aus dem Deutschen Reich generell verboten.

Hilfe für die deutschen Juden hieß von nun an vor allem: Diejenigen, die trotz des Verbots noch entkommen konnten oder schon als Flüchtlinge in den Nachbarstaaten lebten, mussten in Sicherheit gebracht werden – und das bedeutete: raus aus Europa. Der *Joint* verlagerte seine Aktivitäten entsprechend. Bereits seit Kriegsbeginn hatte er die aus dem Deutschen Reich nach Frankreich geflohenen Juden unterstützt, insbesondere die Internierten in den Lagern Le Vernet und Gurs in Vichy-Frankreich, wohin im Oktober 1940 die Juden aus dem Saarland und der Pfalz deportiert worden waren. Auch bei diesen Aktivitäten waren zunächst wieder die Bedenken der New Yorker Zentrale zu überwinden, die fürchtete, dass die Hilfgelder von den Deutschen vereinnahmt werden könnten, und dafür eintrat, dass der *Joint* nichts unternehmen solle, was den Bestimmungen der US-Regierung zuwiderlief.¹⁶

Der Zwiespalt, in dem sich der *Joint* befand, schlug sich unmittelbar in der Haltung seiner Repräsentanten nieder: Je näher diese, auch rein geografisch, der Roosevelt-Regierung waren, desto mehr agierten sie in der Art von Lobbyisten und desto sorgsamer waren sie darauf bedacht, dass kein Zweifel an ihrer Haltung als loyale Bürger der Vereinigten Staaten aufkam, die gerade im Krieg voll und ganz hinter ihrer Regierung standen. Die europäischen Vertreter des *Joint* hingegen waren angesichts der Notlage der europäischen Juden bisweilen auch dazu bereit, von der Linie des *State Departments* etwas abzuweichen, solange dies nicht allzu offenkundig wurde. Der Kriegsverlauf ließ die Distanz der internationalen jüdischen Organisationen gegenüber ihrer Schutzmacht USA allmählich wachsen. Als ein Indiz für diese Trendwende mag gelten, dass Baerwald, der sich als Ehrenvorsitzender der Organisation noch im April 1941 empört über die Verwendung von *Joint*-Geldern für illegale Fluchthilfe geäußert hatte, schon ein Jahr später mit Stolz auf die Beteiligung des *Joint* an solchen Transaktionen verwies.¹⁷

Hilfspakete, Informationsblockaden und diplomatisches Schweigen

Nach dem Kriegseintritt der Vereinigten Staaten im Dezember 1941 war es nicht nur politisch unerwünscht, sondern dem *Joint* wie allen US-amerikanischen Organisationen verboten, Gelder nach Deutschland oder in die deutsch besetzten Gebiete zu schicken. Doch ließen sich solche Restriktionen in begrenztem Maße auf dem Umweg über die neutralen Staaten unterlaufen. So sandte der Jüdische Weltkongress Lebensmittelpakete von Portu-

¹⁵ Herbert Strauß, Über dem Abgrund. Eine jüdische Jugend in Deutschland 1918–1943, Frankfurt a. M. 1997, S. 156.

¹⁶ Bauer, American Jewry, S. 158.

¹⁷ Ebenda, S. 62.

gal aus in die polnischen Ghettos.¹⁸ Für den *Joint* agierte in der Schweiz der Leiter der dortigen Israelitischen Gemeinde, Saly Mayer, zwar nicht formell – denn für eine solche Position war die US-Staatsbürgerschaft die Voraussetzung –, aber doch de facto als Repräsentant der Hilfsorganisation.¹⁹ Mayer etablierte mit Wissen der *Joint*-Vertreter in Lissabon ein System des Geldtransfers, das es ermöglichte, die Juden in den deutsch besetzten Gebieten auch weiterhin mit Hilfsgeldern zu unterstützen. Die Gelder wurden als Spenden aus der Schweiz deklariert und damit die Finanzbestimmungen umgangen, die solche Überweisungen im Krieg verboten. Allerdings war von April 1942 an die Überweisung von Dollar auch in die Schweiz verboten, so dass Mayer bis zum Sommer 1943 kein Geld aus den Vereinigten Staaten erhielt und alle Gelder, die er für Hilfsaktionen brauchte, in der Schweiz aufbringen musste.²⁰ Aus der selben Quelle jedoch mussten auch die in der Schweiz lebenden jüdischen Flüchtlinge unterstützt werden. Mayer versuchte, zusätzliche Mittel einzuwerben, indem er den Spendern in Aussicht stellte, dass sie Gelder, die sie während des Kriegs vorstreckten, nach Kriegsende in Dollar aus dem Budget des *Joint* zurückgezahlt bekämen.²¹

Ebenfalls in der Schweiz, nämlich in Genf, befand sich bereits seit geraumer Zeit das Büro des Jüdischen Weltkongresses, das Gerhart Riegner, ein 1933 aus Berlin geflohener Jurist, leitete. Wie der *Joint* so unterhielt auch der Weltkongress Kontakte in die Flüchtlingslager in Frankreich, richtete Petitionen an die französische Regierung, um die Situation in den Lagern zu verbessern – und organisierte auch den Versand von Hilfspaketen sowie Geldüberweisungen von Verwandten in den USA an die Internierten. Im Jahr 1941 lebten etwa 30 000 der insgesamt 100 000 Flüchtlinge in Frankreich in Internierungslagern. Um jugendliche Flüchtlinge auf die Emigration nach Palästina vorzubereiten, unterhielt der Jüdische Weltkongress im unbesetzten Frankreich sogenannte *Hachscharah*-Lager und organisierte – 1941 noch in Zusammenarbeit mit dem *State Department* – Not-Visa für bedrohte Juden in den deutsch besetzten Staaten.²² Im April 1941 entschied die Zentrale des Weltkongresses in New York jedoch, alle Sendungen an Juden in den besetzten Gebieten einzustellen.

Der Präsident des Jüdischen Weltkongresses Steven Wise hatte sein ganzes politisches Gewicht in die Waagschale geworfen, um den Versand von Hilfspaketen sofort zu stoppen, weil er auf gar keinen Fall das ohnehin fragile Wohlwollen der britischen Regierung gefährden wollte, die darauf bestand, den Boykott Deutschlands und seiner Verbündeten strikt einzuhalten.²³ Riegner protestierte gegen die Entscheidung, beugte sich aber letztlich. Abraham Silberschein hingegen, der mit Riegner das Büro teilte und bislang mit

¹⁸ Brotman an Saul Hayes (Montreal), 13.11.1942, AJA, WJC Collection, Series A, Subseries 2, Box A10, File 15, Bl. 16-18.

¹⁹ Zu Saly Mayer siehe: Yehuda Bauer, „Onkel Saly“ – Die Verhandlungen des Saly Mayer zur Rettung der Juden 1944/45, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 25 (1977), S. 188-219; Hanna Zweig-Strauss, Saly Mayer (1882-1950). Ein Retter jüdischen Lebens während des Holocaust, Köln u. a. 2007.

²⁰ Yehuda Bauer, Freikauf von Juden? Verhandlungen zwischen dem nationalsozialistischen Deutschland und jüdischen Repräsentanten von 1933 bis 1945, Frankfurt a. M. 1996, S. 126.

²¹ Ebenda.

²² Report on the Current Activities of the World Jewish Congress (January 1941), AJA, Series A, Subseries 1, Box A5, File 3 (World Jewish Congress Reports 1941), Bl. 58f.

²³ Raya Cohen, The Lost Honour of Bystanders? The Case of Jewish Emissaries in Switzerland, in: The Journal of Holocaust Education, Vol. 9 (Autumn/Winter 2000), No. 2 und 3, S. 146-170, hier S. 161f.

Unterstützung des Jüdischen Weltkongresses die Hilfsorganisation RELICO aufgebaut hatte, widersetzt sich. Im Namen von RELICO schickte er weiterhin Medikamente, Geld und Lebensmittel insbesondere ins besetzte Polen, u. a. an die Jüdische Soziale Selbsthilfe im Warschauer Ghetto.²⁴ Silberschein, der aus Ostgalizien stammte, war in den 1920er Jahren Abgeordneter des polnischen Parlaments gewesen, bevor er 1939 nach Genf übersiedelte. Im Sommer 1942 musste er das Genfer Büro des Weltkongresses verlassen, weil seine Aktivitäten von der Führung des Jüdischen Weltkongresses als Verstoß gegen ihre Weisungen gewertet wurden. Von da an arbeitete er auf sich selbst gestellt. Der Name RELICO wurde sowohl von ihm als auch vom Jüdischen Weltkongress benutzt. Silberschein unterstützte Flüchtlinge mit falschen Papieren, Rat und Tat, und schickte Lebensmittelpakete nach Polen. Er erworb sich rasch den Ruf, besonders zuverlässig zu arbeiten, so dass sowohl karitative Organisationen als auch Privatpersonen seine Dienste in Anspruch nahmen, um bedürftigen Juden Hilfe zukommen zu lassen. In der ersten Jahreshälfte 1942 schickte er 52 000 Kilogramm Hilfsgüter in mehr als 100 000 Paketen nach Polen; im dritten Kriegsjahr insgesamt Waren im Wert von 200 000 Dollar. Die Bedeutung dieser Sendungen lässt sich erst ermessen, wenn man bedenkt, dass der Hunger im Warschauer Ghetto etliche der Bewohner dazu bewog, sich freiwillig zur Deportation zu melden – die Züge fuhren in das Vernichtungslager Treblinka.²⁵

Dass Silberscheins Paketaktion von den Spitzen der eigenen Organisation untersagt wurde, weil sie der Linie der Alliierten widersprach, ist besonders grotesk vor dem Hintergrund, dass die Alliierten zwar Hilfslieferungen für die hungrigen Juden in Polen untersagten, aber für die griechische Bevölkerung, die unter deutscher Besatzung von einer schweren Hungersnot betroffen war, Hilfsprogramme auflegten. Desgleichen war die britische Regierung umstandslos und ohne Rücksprache mit dem amerikanischen Verbündeten bereit, britische Pfund auf die deutsch besetzten Kanalinseln zu transferieren, um das Schicksal der dortigen Bevölkerung zu erleichtern, während sie einen solchen Transfer für die Juden unter deutscher Besatzung vehement abgelehnt hatte.²⁶

Im Herbst 1941 hatten die Nachrichten von den Massenerschießungen von Juden in den besetzten Gebieten der Sowjetunion auch Genf erreicht. In seinen Erinnerungen schreibt Riegner: „Ohne allzu viele Details zu kennen, wussten wir, dass an einem bestimmten Ort 10 000 Juden erschossen worden waren und dass man an einem anderen Tausende niedergemetzelt hatte. Derartige Informationen erreichten uns nach und nach von verschiedenen Orten. Wir konnten daraus erkennen, dass an der Ostfront und in den Ostgebieten ein gewaltiges Blutbad an den Juden organisiert wurde.“²⁷

Um die Jahreswende 1941/42, so Riegner weiter, habe er Nachrichten über Tötungsexperimente mittels Gas und Injektionen erhalten.

Obwohl sich die Informationen allmählich verdichteten, war es schwierig, ihre Zuverlässigkeit zu überprüfen, sie an einflussreiche internationale Institutionen und Regierungen weiterzuvermitteln und erst recht, diese zum Handeln zu bewegen. Das Riegner-Telegramm ist das bekannteste Beispiel dafür: Vermittelt über den Vertreter des Schweizeri-

²⁴ Ebenda, S. 162f.; Monty N. Penkower, Jewish Organizations and the Creation of the U.S. War Refugee Board, in: Annals of the American Academy of Political and Social Science, Vol. 450 (Jul. 1980), S. 122–139, hier S. 124.

²⁵ Cohen, The Lost Honour of Bystanders, S. 163–165.

²⁶ Penkower, Jewish Organizations, S. 138.

²⁷ Gerhart M. Riegner, Niemals verzweifeln. Sechzig Jahre für das jüdische Volk und die Menschenrechte, Gerlingen 2001, S. 65.

schen Israelitischen Gemeindebunds, Benjamin Sagalowitz, hatte Riegner im Sommer 1942 von dem deutschen Industriellen Eduard Schulte, Generaldirektor eines Bergwerk-Konsortiums, erfahren, „dass all den verschiedenen Formen der Verfolgung ein globaler Vernichtungsplan zugrunde lag, der auf höchster Ebene beschlossen worden war“.²⁸ Sein Versuch, diese Nachricht über das US-Konsulat in Genf an den Präsidenten des Jüdischen Weltkongresses in New York, Steven Wise, weiterzuleiten, wurde vom *State Department* torpediert. In dem Ministerium glaubten die meisten, dass es sich um ein „wildes Gerücht“, um Hetzpropaganda oder zumindest übertriebene jüdische Ängste handele.²⁹ Wise erhielt Riegners am 8. August 1942 aufgegebenes Telegramm erst am 28. August auf dem Umweg über den britischen Parlamentsabgeordneten Sidney Silverman, Vorstandsmitglied der Britischen Sektion des Jüdischen Weltkongresses, den Riegner zeitgleich informiert hatte.³⁰ Wie anfangs auch Riegner selbst, so verlangte Wise nach weiteren Belegen für die Richtigkeit von Riegners Informationen, um sich nicht dem Vorwurf der Panikmache auszusetzen. Zudem aber sah er sich in einem Loyalitätskonflikt: Sumner Welles, Staatssekretär im *State Department* und einer der wichtigsten Ansprechpartner des Jüdischen Weltkongresses dort, verlangte von Wise, dass er auf Riegners Nachricht nicht öffentlich reagieren solle, bevor sie nicht aus anderer Quelle bestätigt sei. Doch eine Anfrage des *State Department* beim Vatikan blieb wochenlang unbeantwortet, bevor der Heilige Stuhl vage verlauten ließ, auch er habe Meldungen über „harte Maßnahmen“ gegen die Juden erhalten, deren Wahrheitsgehalt jedoch nicht überprüfen können.³¹

Wie Wise, so hielt es auch der zweite Adressat von Riegners Telegramm, der Brite Silverman, für ratsam, sich nicht öffentlich zum Inhalt des Telegramms zu äußern. Er leistete damit entsprechenden Empfehlungen des britischen Außenministeriums Folge. Die Loyalität gegenüber der jeweiligen Regierung mischten sich bei Wise und Silverman mit eigenen Zweifeln am Wahrheitsgehalt der furchtbaren Nachrichten und der Annahme, dass Protesterklärungen allein von jüdischer Seite, ohne entsprechende alliierte Unterstützung, praktisch nichts bewirken würden, möglicherweise sogar zu Racheaktionen der Deutschen an den Juden oder zur Demoralisierung der Opfer führen könnten.³²

Tatsächlich waren die in den Ghettos eingeschlossenen oder von der Deportation bedrohten Juden jedoch eher von der Tatsache demoralisiert, dass die erhoffte Hilfe von außen ausblieb. Selbstverständlich erwarteten sie vorrangig von den jüdischen Organisationen außerhalb des deutschen Herrschaftsbereichs Solidarität. Diese Erwartungen – und auch die folgende Enttäuschung – bekamen in erster Linie die jüdischen Repräsentanten im nicht besetzten Europa zu spüren, die noch Verbindungen in die besetzten Gebiete unterhielten. Jan Karski, Emissär der polnischen Untergrundbewegung, überbrachte im Herbst 1942 dem Vertreter des jüdisch-sozialistischen Bunds in der polnischen Exilregierung in London, Samuel Zygielbojm, die Forderung seiner Genossen aus dem Ghetto

²⁸ Ebenda, S. 63.

²⁹ Arthur Herzberg, Shalom Amerika! Die Geschichte der Juden in der Neuen Welt, Frankfurt a. M. 1996, S. 281.

³⁰ Raya Cohen, Das Riegner-Telegramm – Text, Kontext und Zwischentext, in: Tel Aviv Jahrbuch für deutsche Geschichte XXIII/1994, S. 301–324, hier S. 310; siehe auch: Christopher Browning, Hitlers endgültige Entscheidung zur „Endlösung“? Riegners Telegramm in neuem Licht, in: Ders., Der Weg zur „Endlösung“: Entscheidungen und Täter, Bonn 1998, S. 161–173.

³¹ Arthur D. Morse, While Six Million Died. A Chronicle of American Apathy, New York 1967, S. 13.

³² Monty N. Penkower, The Jews Were Expendable. Free World Diplomacy and the Holocaust, Urbana 1983, S. 97; Perlzweig an Easterman, 3. 9. 1942, AJA, Series A, Subseries 2, Box A10, File 8, Bl. 40.

Warschau: Die Juden in der freien Welt sollten die alliierten Regierungen mit allen Mitteln inklusive Hungerstreiks, notfalls auch mit tödlichem Ausgang, unter Druck setzen, damit diese den polnischen Juden zur Hilfe kämen. Zygielbojm hatte im Mai 1942 eines der frühen Zeugnisse des Massenmordens in Polen bekannt gemacht: einen Bericht des Bundes, in dem von Massenerschiebungen der Juden in der Ukraine, im Baltikum und im Generalgouvernement die Rede war – unter Angabe von Ortsnamen, Daten und Opferzahlen.³³ Am 2. Juni 1942 hatte Zygielbojm die wichtigsten Informationen des Berichts in einer von der BBC übertragenen Rede zusammengefasst und darauf gedrungen, dass die Regierungen Großbritanniens und der USA gezwungen werden müssten, das „größte Verbrechen in der Geschichte der Menschheit“ zu beenden. Alle, die dies nicht wenigstens versucht hätten, seien für das Geschehen moralisch mitverantwortlich.³⁴ Auf die Forderung seiner Warschauer Genossen reagierte Zygielbojm beunruhigt, lehnte aber einen Hungerstreik ab, weil er nichts bewirken würden außer seiner – Zygielbojms – Einliefierung in eine psychiatrische Anstalt.³⁵ Stattdessen setzte der Bund-Vertreter auf andere Mittel, um die Welt aufzurütteln. Gemeinsam mit den in London ansässigen jüdischen Exilpolitikern, darunter Ignacy Schwartzbart, der zweite jüdische Repräsentant im polnischen Exilparlament, und Ernest (Arnošt) Frischer, Vertreter der jüdischen Minderheit in der tschechoslowakischen Exilregierung, forderte Zygielbojm Vergeltung: Die Alliierten sollten die Nationalsozialisten warnen, dass eine Fortsetzung der antijüdischen Verbrechen mit Bombenangriffen auf deutsche Städte und Dörfer beantwortet werden würde.³⁶ Mittels Flugblättern, die über den Mord an den Juden informierten und Strafaktionen androhten, hofften die Exilanten, die Loyalität der deutschen Bevölkerung gegenüber der nationalsozialistischen Regierung zu unterminieren. Die alliierte Blockade müsse gelockert werden, um die bedrohten Menschen im besetzten Europa zu versorgen. Das Rote Kreuz könne Lebensmittelpakete nicht nur in die Kriegsgefangenenlager, sondern auch in die Ghettos und Konzentrationslager schicken. Jüdische Kinder sollten aus den deutsch besetzten Gebieten evakuiert und geflohenen europäischen Juden die Einreise nach Palästina sowie Trinidad und Curaçao erlaubt werden. Von der Katholischen Kirche wurde verlangt, dass sie führende Nationalsozialisten exkommunizieren solle.³⁷ Diese und ähnliche Vorschläge blieben praktisch folgenlos. Im Mai 1943, ein Jahr nach seiner flammenden Rede im britischen Rundfunk und ein halbes Jahr, nachdem ihm Karski die Botschaft aus Warschau überbracht hatte, nahm sich der über solche Gleichgültigkeit verzweifelte Zygielbojm das Leben, um damit ein letztes Zeichen des Protests zu setzen.³⁸

Die Einsicht, dass den Nachrichten über Deportationen und Massaker an Juden unter deutscher Besatzung ein Plan zur Vernichtung des europäischen Judentums zugrunde lag, setzte sich selbst in jüdischen Kreisen in Europa, den Vereinigten Staaten und Palästi-

³³ Yehuda Bauer, When Did They Know?, in: *Midstream*, Vol. XIV (April 1968), No. 4, S. 51–58. Der Bericht des Bund ist dort dokumentiert.

³⁴ Morse, While Six Million Died, S. 6; eine englische Übersetzung des in Jiddisch verlesenen Texts von Zygielbojms BBC-Ansprache findet sich in: AJA, WJC Collection, Series A, Subseries 2, Box A10, File 8, Bl. 2f.

³⁵ Jan Karski, *Mein Bericht an die Welt. Geschichte eines Staates im Untergrund*, München 2011, S. 469.

³⁶ Penkower, *The Jews Were Expendable*, S. 76.

³⁷ Perlzweig an Easterman, 17.12.1942, AJA, WJC Collection, Series A, Subseries 2, Box A10, File 8, Bl. 49–51.

³⁸ Penkower, *The Jews Were Expendable*, S. 81; Karski, *Bericht an die Welt*, S. 471.

na Ende 1942 nur langsam durch. Bis zum Herbst 1942 ging auch der Weltkongress noch mehrheitlich davon aus, dass die jüdische Bevölkerung in Europa zu einem erheblichen Teil Opfer sowohl von Kriegshandlungen als auch von Massenerschießungen werden würde. Die systematische Vernichtung der Juden, auch der Frauen und Kinder, in eigens eingerichteten Tötungszentren konnte sich noch niemand vorstellen.

Ende September 1942 legte der Soziologe und Demograf Jakob Lestschinsky dem Weltkongress seine Schätzung über die Folgen des Kriegs für die Juden vor. Demnach zählte die jüdische Bevölkerung in Europa zu diesem Zeitpunkt anderthalb Millionen weniger Menschen als bei Beginn des Kriegs. Etwa 900 000 Juden waren Opfer von Massenmord und Bomben geworden oder im Krieg gefallen, und nur etwa eine halbe Million war eines natürlichen Todes gestorben. Das deutsche Judentum, das ökonomisch und kulturell eine der stärksten jüdischen Gemeinschaften war, sah Lestschinsky bereits als komplett ausgelöscht an. Nach dem Krieg werde es eine riesige Zahl jüdischer Witwen und Waisen geben. Dreiviertel der Überlebenden, so die Schätzung des Soziologen, würden Frauen sein, zwei Drittel über 50 Jahre alt.³⁹ Lestschinksy's Vorstellung von den Überlebenden offenbart, dass er nicht wusste, wie radikal die Vernichtungspolitik war, die die Deutschen ins Werk gesetzt hatten, und dass die Überlebenschancen von älteren Menschen, Frauen und Kindern besonders gering waren.

Auch als in den letzten Monaten des Jahres 1942 Unglaube und Fassungslosigkeit allmählich der furchtbaren Einsicht wichen, blieben praktische Konsequenzen aus oder die Reaktionen auf die Ebene symbolischer Politik beschränkt. Die polnische Exilregierung in London verabschiedete am 27. November 1942 auf Initiative ihrer beiden jüdischen Mitglieder eine Protestresolution gegen die deutschen Verbrechen an den polnischen Juden, verzichtete dabei jedoch auf die Forderung nach Vergeltungsmaßnahmen sowie auf einen Appell an die nichtjüdische polnische Bevölkerung, den bedrohten Juden zu helfen.⁴⁰ Den 2. Dezember 1942 erklärten führende jüdische Organisationen zum Tag der Trauer, um die zwei Millionen jüdischen Opfer nationalsozialistischer Verbrechen zu beklagen. In 29 Staaten versammelten sich Juden zum Beten und Fasten, hielten öffentliche Schweigeminuten ein oder legten ihre Arbeit nieder. In Tel Aviv nahmen 100 000 Menschen an einer Demonstration teil.⁴¹ Unter den Juden Palästinas hatte bis dahin die Unterstützung der britischen Regierung im Krieg – bei aller Kritik an deren Rolle als Mandatsmacht – als adäquate Antwort auf die Situation der europäischen Juden gegolten. Doch im November 1942 gelangten Juden, die in Palästina gelebt, sich aber bei Kriegsbeginn in Europa aufgehalten hatten und dort in Ghettos und Arbeitslagern inhaftiert worden waren, im Rahmen eines Gefangenenaustauschs zurück nach Palästina. Als sie von ihren Erfahrungen berichteten, wendete sich das Blatt. Die Vorstellung, dass der militärische Sieg über die Deutschen Vorrang vor der Rettung der Juden haben müsse, geriet ins Wanken.⁴²

Auch in den Vereinigten Staaten und Großbritannien versuchten jüdische Organisationen nun, Pressekampagnen zu initiieren, bekannte Persönlichkeiten zu öffentlichen Er-

³⁹ Bericht von J. Lestschinsky vom 23. 9. 1942, AJA, WJC Collection, Series A, Subseries 1, Box A1, File 7, Bl. 75–79.

⁴⁰ Penkower, The Jews Were Expendable, S. 81.

⁴¹ Ebenda, S. 83.

⁴² Dalia Ofer, Israel, in: David S. Wyman (Hrsg.), The World Reacts to the Holocaust, Baltimore/London 1996, S. 836–923, hier S. 848; siehe auch Penkower, The Jews Were Expendable, S. 78.

klärungen und Regierungen zum Handeln zu veranlassen. In der jüdischen Presse erschienen gehäuft Artikel über die Ermordung der Juden im deutsch besetzten Osteuropa, und in allen Städten der USA mit größeren jüdischen Gemeinden fanden Demonstrationen statt.⁴³

Am 17. Dezember 1942 veröffentlichten die alliierten Regierungen gleichzeitig in Washington, Moskau und London eine gemeinsame Erklärung zur Ermordung der europäischen Juden. Darin wurde Polen als „Hauptschlachthof der Nazis“ bezeichnet und den Verantwortlichen für die Verbrechen Bestrafung angedroht. Es war die Rede davon, dass die in die Arbeitslager verschleppten Juden dort „langsam zu Tode gebracht“ werden. Weiter hieß es: „Die Kranken und Schwachen werden dem Tod durch Erfrieren oder Verhungern preisgegeben oder bewusst in Massenhinrichtungen niedergemetzelt. Viele Hunderttausende vollkommen unschuldiger Männer, Frauen und Kinder sind bereits Opfer dieser blutigen Gräueltaten geworden.“⁴⁴

Obwohl die Erklärung weit verbreitet wurde, hatte sie kaum praktische Konsequenzen – auch nicht auf Seiten der Unterzeichnerstaaten. Diese hatten es denn auch sorgsam vermieden, konkrete Maßnahmen anzukündigen.

Zwar konnte der *Joint* von Dezember 1942 an den Versand von Hilfsgütern in die besetzten Gebiete wieder aufnehmen, doch das *State Department* behinderte auch nach der Erklärung der Alliierten weiterhin den Informationsfluss und erschwerte damit die Verbreitung wichtiger Informationen über das Schicksal der europäischen Juden. Während es der US-Botschaft in Bern erlaubt war, Firmen in den USA und Großbritannien Informationen über den Zustand ihrer Niederlassungen in den besetzten Gebieten Europas weiterzuleiten, wurden Telegramme von Riegner in die Vereinigten Staaten blockiert.⁴⁵

Riegner sah seine Anstrengungen als gescheitert an. Weder sei mit den Deutschen über die Freilassung der in Ghettos und Arbeitslagern festgehaltenen Juden verhandelt worden, noch hätten sich Länder gefunden, die den Verfolgten, die aus den besetzten Gebieten entkommen waren, Aufnahme geboten hätten. Riegners bitteres Resümee: „Die Standardantwort, die man mit leichten Variationen von den Alliierten immer wieder zu hören bekam, lautete: ‚Wir müssen zuerst den Krieg gewinnen.‘“⁴⁶ Vorschläge, die Bahngleise in die Vernichtungslager zu bombardieren, stießen ebenso auf taube Ohren wie die auch innerhalb des Judentums kontrovers diskutierte Idee, die in den alliierten Staaten leben- den nichtjüdischen Deutschen als Geiseln zu nehmen.

Orientierung auf die Nachkriegszeit

Die mangelnde Resonanz auf politischer Ebene wurde teils kompensiert, teils überdeckt durch Aktivitäten innerhalb der amerikanischen jüdischen Organisationen. Sie hielten Versammlungen ab, gründeten Rettungskomitees wie das *Joint Emergency Committee for European Jewish Affairs* und verfassten Solidaritätserklärungen mit den „Brüdern in den Ghet-

⁴³ Henry L. Feingold, *The Politics of Rescue. The Roosevelt Administration and the Holocaust, 1939–1945*, New York 1970, S. 172.

⁴⁴ Zitiert nach Riegner, Niemals verzweifeln, S. 83f. Der Wortlaut der Erklärung unter: <http://archive.jta.org/article/1942/12/18/2859409/text-of-declaration-of-the-allied-nations-on-nazi-slaughter-of-jews> (abgerufen am 10. 8. 2011)

⁴⁵ Penkower, Jewish Organizations, S. 126 und 138.

⁴⁶ Riegner, Niemals verzweifeln, S. 85.

tos, Totenkammern und Konzentrationslagern“.⁴⁷ Auf der *American Jewish Conference* war im August 1943 in New York alles versammelt, was im amerikanischen Judentum Rang und Namen hatte, darunter auch Steven Wise und Nahum Goldmann vom Jüdischen Weltkongress. Die Protokolle der Konferenz verdeutlichen die Überzeugung führender jüdischer Repräsentanten, dass man in der Gegenwart nichts ausrichten könne und daher wenigstens für die Zukunft Vorsorge getroffen werden müsse.

Um bei der globalen Neuordnung nach Kriegsende nicht wieder auf den zweifelhaften *good will* der Staatsmänner angewiesen zu sein, müssten die Juden, so formulierte es Nahum Goldmann auf dem Kongress, schon jetzt darauf hinarbeiten, dass ihnen künftig die Möglichkeit zum Aufbau eines eigenen Staats in Palästina eingeräumt werde. Die einzige Konsequenz aus den zurückliegenden Erfahrungen, so Goldmann, sei die Masseneinwanderung der überlebenden europäischen Juden nach Palästina. Wie schon Löwenherz Anfang 1941 gegenüber Günther, gingen auch die Spitzen des Jüdischen Weltkongresses davon aus, dass es nach dem Krieg keine Juden in Europa mehr geben würde, weil alle Überlebenden den Kontinent verlassen würden.

Die Welt habe ein Jahrzehnt lang der Zerstörung des europäischen Judentums zugesehen, so Goldmann, und sei daher moralisch verpflichtet, den Juden die Chance zum Aufbau einer eigenen Nation in Palästina zu geben. Mit den Arabern in Palästina werde man sich schon einigen, zumal die Juden bewiesen hätten, dass ihnen nichts ferner liege, „als der arabischen Bevölkerung Palästinas ihre Rechte abzusprechen“.⁴⁸ Nach Kriegsende dürften die Juden nicht zur Repatriierung in ihre bisherigen Heimatländer gezwungen werden, da es Jahrzehnte dauern werde, das zerstörte jüdische Leben in der Diaspora wieder aufzubauen, so dass die jüdische Existenz dadurch weiterhin gefährdet sei. Goldmann weiter:

„Angesichts der tragischen Notwendigkeit zur raschen Lösung des jüdischen Problems, als Ergebnis eines Jahrzehnts der Vernichtung der Juden und angesichts unserer Errungenchaften in Palästina, fordern wir das Recht, unser Schicksal in Palästina selbst zu meistern, unsere Geschicke selbst zu lenken und unsere Einwanderungspolitik und Besiedlung (colonization) selbst zu kontrollieren, sobald die Grundlagen für einen jüdischen Commonwealth gelegt sind.“⁴⁹

Auf das Ziel eines jüdischen Commonwealth hatten sich führende Vertreter der Zionisten bereits im Mai 1942 auf der sogenannten Biltmore-Konferenz verständigt. Im August 1943 war der jüdische Commonwealth bereits fester Bestandteil des Forderungskatalogs für die Nachkriegsordnung. Einwände wie die von Richard Lichtheim, dem Vertreter der Jewish Agency in Genf, fanden schon kein Gehör mehr. Lichtheim hatte das Vorgehen der Deutschen gegen die Juden in verschiedenen besetzten Ländern lange Zeit aufmerksam beobachtet und die Indizien schon deutlich früher als andere dahingehend gedeutet, dass es einen Plan zur Vernichtung der Juden gebe. Im Unterschied zu den meisten jüdischen Repräsentanten, die davon ausgingen, dass alle Bemühungen um Verbesserung der Situation der Juden auf die Nachkriegszeit gerichtet sein müssten, schlug Lichtheim eine internationale diplomatische Initiative vor, um die deutsche Politik zu verurteilen. Obwohl quasi von Beruf Zionist, lehnte Lichtheim die Gründung eines jüdischen Common-

⁴⁷ Brief des Joint Emergency Committee for European Jewish Affairs an Sumner Welles vom 1. 6. 1943, AJA, WJC Collection, Series A, Subseries 1, Box A2, File 1, Bl. 146–149.

⁴⁸ Ebenda.

⁴⁹ Ebenda, Bl. 65.

wealth ab, da der Zionismus seine Existenzberechtigung verloren habe, wenn es ihm nicht gelinge, die europäischen Juden zu retten.⁵⁰

Doch die Konferenz im August 1943 stand im Zeichen der Nachkriegsplanung auf der Basis der Biltmore-Erklärung. Steven Wise schloss sich der Forderung nach einer Masseneinwanderung der Juden in Palästina in der Nachkriegszeit an. Im Unterschied zu Goldmann ging er in seiner Rede aber auch noch einmal auf die Gegenwart ein, sprach von den Todeslagern in Belzec und Treblinka und davon, dass „Gas in die Todeszellen gepumpt“ werde. Wise appellierte an die Staaten der Anti-Hitler-Koalition, sich nicht den Vorwurf zuzuziehen, „dass mehr hätte getan werden können und getan worden wäre, wenn die Bedrohten und Gefährdeten keine Juden gewesen wären!“⁵¹ Schließlich wurden verschiedene Komitees gegründet, die die Ziele der Konferenz umsetzen sollten: Ein Nachkriegs- und ein Rettungskomitee, ein Palästina-, ein Organisations-, ein Finanz-, und ein Resolutionskomitee und eines, das Zeugnisse sammeln sollte, um die Verbrechen an den europäischen Juden zu dokumentieren und die vielen Zweifler zu überzeugen. Die Liste der Komitees ist ein Indiz dafür, dass die *Rettung* der europäischen Juden nur noch einer von mehreren Punkten auf der politischen Agenda war. In den Unterlagen des Jüdischen Weltkongresses aus der ersten Hälfte der 1940er Jahre finden sich etliche Dokumente, die eine ähnliche Sprache sprechen: Der Weltkongress bemühte sich, Bündnispartner zu finden, die ihr Mitgefühl mit dem Schicksal der Juden zum Ausdruck brachten und auf die man zählen könnte, wenn es darum ging, die Rechte der Juden nach dem Krieg zu sichern.⁵²

Diese politische Gewichtsverschiebung offenbart auch die Sackgasse, in die die Politik der jüdischen Organisationen auf internationaler Ebene geraten war. Alle Appelle, Resolutionen, Demonstrationen und das Antichambrieren in den Vorzimmern der Macht hatten nicht die erhofften Ergebnisse gezeitigt und die Aktivisten zudem noch dem Vorwurf ausgesetzt, Gräuelpaganda und haltlose Gerüchte zu verbreiten.

Demgegenüber haben die Vertreter des *Joint* und des Jüdischen Weltkongresses in Europa, mitunter ohne Wissen ihrer jeweiligen Zentrale in den Vereinigten Staaten auch nach dem Beginn des Massenmords noch versucht, den Juden in den deutsch beherrschten Gebieten zu helfen, wo es möglich war. Während sich die Spalten beider Organisationen nach außen hin bemühten, ihre Loyalität gegenüber den Regierungen der Alliierten zu demonstrieren, waren die Vertreter von *Joint* und Weltkongress in Lissabon und in der Schweiz durchaus auch bereit, die Grenzen, die ihnen diese Loyalität auferlegte, zu missachten. Zu einer Zeit, als Geld-, Lebensmittel- und Medikamentenlieferungen in die Ghettos und Lager verboten waren, weil sie die Wirtschaftsblockade unterlaufen hätten, organisierten sowohl Silberschein als auch Mayer den Transfer von Lebensmitteln und Geld an die Juden unter der deutschen Besatzung. Der Kriegseintritt der Vereinigten Staaten und insbesondere das Scheitern aller Bemühungen, die Alliierten zum Stopp des Massenmords zu bewegen, haben auch die Bereitschaft zu illegalem Handeln befördert – einfach aus der Not heraus und aus der Einsicht in die eigene Machtlosigkeit. Insofern findet das Agieren der internationalen Organisationen auf diplomatischer Ebene seine Entspre-

⁵⁰ Raya Cohen, Confronting the Reality of the Holocaust: Richard Lichtheim 1939–1942, in: Yad Vashem Studies XXIII (1993), S. 335–368, hier S. 366.

⁵¹ AJA, WJC Collection, Series A, Subseries 1, Box A2, File 1, Bl. 86 und 95.

⁵² Siehe u.a. AJA, WJC Collection, Series A, Subseries 2, Box A10, File 14 (World Jewish Congress; British Section, Zionist Reports 1941–1944).

chung in dem Verhalten von jüdischen Repräsentanten wie Josef Löwenherz und Cora Berliner, die versuchten, mit Hilfe von flehentlichen Bitten, gut fundierten Appellen und notfalls eben auch mit Tricks und unter Umgehung der Spielregeln diejenige Institution zum Handeln zu bewegen, die sie als ihre Schutzmacht ansahen. Auf beiden Ebenen zeichnete sich das Ende einer Strategie der „geliehenen Macht“ ab und die Notwendigkeit, auf die wenngleich ungenügenden eigenen Kräfte zu bauen. Im Deutschen Reich setzten die jüdischen Repräsentanten immer mehr auf illegale Fluchtmöglichkeiten und wurden dabei, wenn überhaupt, allenfalls von den in Europa stationierten Vertretern internationaler Organisationen unterstützt. Die Spitzen dieser Organisationen gaben ihre Loyalität gegenüber den alliierten Regierungen zwar nicht auf, doch brachten sie die Forderung nach einem jüdischen Staat umso energischer vor, je weniger sie sich sicher sein konnten, dass ihnen ein solcher Staat von alliierten Gnaden zugestanden werden würde. Dass sie diese Forderung mit dem Verweis auf den Massenmord an den europäischen Juden untermauerten, gleichzeitig aber deren Vernichtung schon für unabwendbar ansahen, kaum dass sie überhaupt als systematisches Vorhaben erkannt worden war, verlieh ihrem Protest etwas Halbherziges, was die Juden im deutsch beherrschten Europa zur Verzweiflung und Zygielbojm in den Selbstmord trieb.

Die Vorstellung, dass das europäische Judentum auch nach Kriegsende nicht wiedererstehen würde, war nicht nur ein zionistisches Credo, um die Konzentration aller Kräfte auf den Palästina-Aufbau zu legitimieren. Sie entsprach auch der verbreiteten Überzeugung, dass ethnisch homogene Nationalstaaten die Voraussetzung für Frieden, Sicherheit und Wohlstand seien.⁵³

Bevölkerungstransfers galten seit dem Vertrag von Lausanne 1923 als ein probates Mittel, um ethnische Homogenität herzustellen. Und US-Präsident Roosevelt hatte sich während der frühen 1940er Jahre ebenfalls detaillierte Pläne zur optimalen Bevölkerungsverteilung mittels großangelegter Umsiedlung ausarbeiten lassen.⁵⁴ Für die Juden war die Forderung nach einem eigenen, jüdischen Nationalstaat nicht zuletzt eine Konsequenz aus dem Scheitern des Minderheitenschutzes der 1930er Jahre. Entsprechend teilten denn auch Löwenherz und der Jüdische Weltkongress, obwohl sie das nationalsozialistische Programm der Judendeportationen ablehnten, noch bevor sie von dessen mörderischem Ausgang wussten, die Vorstellung, dass es nach dem Krieg kein Judentum in Europa mehr geben werde, sondern statt dessen eine groß angelegte Umsiedlung der Juden in einen eigenen Staat.

⁵³ Mark Mazower, *No Enchanted Palace. The End of Empire and the Ideological Origins of the United Nations*, Princeton 2009, S. 104–148.

⁵⁴ Ebenda, S. 111–113; Susanne Heim, Projekt „M“ – Roosevelts Pläne zur globalen Migrationsregulierung, in: *Leidschrift. Historisch Tijdschrift*, Vol. 22 (2007), No. 1, S. 123–139.